

Gegen die Taxonomie der EU-Kommission zur Energieversorgung

Als Mitglied des Willy-Brandt-Kreises lehne ich die vorläufige Taxonomie der Europäischen Kommission zur Energieversorgung der Zukunft ab und fordere die SPD-geführte Bundesregierung auf, die Vorschläge in den weiteren Verhandlungen abzulehnen.

Die EU-Kommission hat in einer Nacht-und-Nebel-Aktion kurz vor Jahreswechsel beschlossen, Atom- und Gasenergie als „nachhaltige“ und „grüne“ Energien in ihre Taxonomie aufzunehmen und damit für diese Energieträger günstige Investitionsbedingungen zu schaffen. Umweltverbände haben dieses Vorhaben entschieden kritisiert und auf die Schäden für die Umwelt bei beiden Energieträgern hingewiesen. Obendrein stellten sie fest, dass auch der wirtschaftliche Nutzen höchst fragwürdig sei.

Ich weise aber vor allem auf das zentrale Problem der Atomenergie hin, nämlich die nach wie vor vollkommen ungeklärte Frage der Endlagerung des sogenannten Atom Mülls. Allein Plutonium 239 hat eine Halbwertszeit von 24.000 Jahren, andere radioaktive Stoffe wie Tellur 128 das Billionenfache. Eine sichere Endlagerung für diese Riesenspanne ist unmöglich. Unsere Kinder und Kindeskindern müssten die Zeche für eine verfehlte und verantwortungslose Politik zahlen.

Ich fordere deshalb die Bundesregierung auf, die Pläne der EU-Kommission zu verhindern und beide Energieträger – Atom- wie Gasproduktion – aus der Taxonomie zu streichen. Ich erinnere daran, dass in der Rot-Grünen Koalition unter Kanzler Schröder der Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Atomenergie beschlossen wurde und die Sozialdemokratie diesem Kurs seither folgte, auch bei der Abstimmung über die Stilllegung der deutschen Atomkraftwerke 2011, nach der Katastrophe von Fukushima. Die letzten drei werden Ende 2022 vom Netz gehen.

Allenfalls die Nutzung von Erdgas als Brückentechnologie für einen begrenzten Zeitraum ist akzeptabel.

Die einzig sinnvolle Alternative einer zukünftigen deutschen und europäischen Energiepolitik – auch zum Erreichen des CO₂-Zieles – können daher nur der entschiedene Ausbau der regenerativen Energien (Sonne, Wind, Wasser) sowie

vielfältige und kreative Maßnahmen zur Energieeinsparung sein. Ich fordere die Bundesregierung auf, in diesem Sinne europaweit – in den Mitgliedsstaaten und im Europäischen Parlament – tätig zu werden.